

Internationale Steuerauskunft und Deutsches Verfassungsrecht

Beiträge von

Thomas Menck, Wolfgang Ritter, Hans Heinrich Vogel, Dieter Blumenwitz und
Martin Oldiges

mit Diskussionsbeiträgen eines Münchener
Symposiums

B45947

**Juristische Gesamtbibliothek
der Technischen Hochschule
Darmstadt**



C.H. BECK'SCHE VERLAGSBUCHHANDLUNG
MÜNCHEN 1987

Inhaltsübersicht

A. Referate

<i>Thomas Menck: Erscheinungsformen, Stand und Entwicklung des Auskunftsverkehrs mit dem Ausland</i>	1
I. Der internationale Auskunfts Austausch im abgabenrechtlichen Feld	1
II. Erscheinungsformen der Zusammenarbeit deutscher und ausländischer Finanzverwaltungen	3
1. Die grundlegenden Unterscheidungen	3
2. Auskunft mit und ohne Ersuchen	3
3. Rechtsgrundlagen des Auskunfts Austausches	5
4. Der Schutz der Beteiligten	7
III. Der Stand des internationalen Auskunftsverkehrs	8
1. Historische Entwicklung	8
2. Geographische Ausdehnung	9
3. Quantitative Angaben	10
4. Bedeutung für das Besteuerungsverfahren	11
5. Erfahrungen und Erkenntnisse	12
IV. Weitere Entwicklung des Auskunftsverkehrs mit dem Ausland	13
1. Auskunft auf Ersuchen	13
2. Auskunftserteilung ohne Ersuchen	13
3. Schutzgewährung gegenüber ausländischen Fiscis	13
4. Einsatz im Bereich der Betriebsprüfung	14
V. Abschließende Bemerkungen	14
 <i>Wolfgang Ritter: Schutzbedürftige Interessen der Steuerpflichtigen beim Internationalen Auskunftsverkehr</i>	 17
I. Auskunftssituationen für deutsche Steuerbürger	17
1. In eigenen Steuerangelegenheiten	17
2. In fremden Steuerangelegenheiten	18
3. Routineauskünfte	19
4. Wege und Methoden des Auskunftsverkehrs	19

II. Schutzbedürftige Interessen	19
1. Unterschiede der Steuerwirklichkeit	20
2. Unzulänglicher Geheimnisschutz	23
3. Gefährdung internationaler Geschäftsbeziehungen	27
4. Mangelnde Gegenseitigkeit	29
5. Ausufernde Auskunftserteilung	30
III. Ausblick	36
<i>Hans Heinrich Vogel: Schutz und Gefährdung geheimhaltungsbedürftiger</i>	
<i>Informationen am Beispiel Schwedens</i>	<i>37</i>
I. Einleitung: Reformervägungen und gegenwärtige Lösungen	37
II. Zum Verfassungsrecht: Die Druckfreiheitsrechte	45
1. Hintergrund und Quellen	45
2. Einzelne Rechte und Freiheiten	48
III. Zum Verwaltungsrecht: Das Geheimhaltungsrecht	50
1. Grundzüge	50
2. Objekte der Geheimhaltung	52
a) Schutz von persönlichen und wirtschaftlichen Umständen	52
b) Behördliche Inspektions-, Kontroll- und sonstige Aufsichtstätigkeit	56
c) Vorbeugung und Verfolgung von Straftaten	57
d) Sicherheit Schwedens und sein Verhältnis zu anderen Staaten oder internationalen Organisationen	59
3. Subjekte der Geheimhaltung	60
a) Privatpersonen	60
b) Behörden	62
aa) Inländische Behörden	62
bb) Ausländische Behörden	64
4. Ausnahmen durch Regierungs- oder Reichstagsentscheidung	65
IV. Zum Auslandsrecht: Anwendbarkeit in Schweden?	66
V. Zusammenfassung und Ergebnisse	68
<i>Dieter Blumenwitz: Grenzen der Bundesgesetzgebungs- und Vertrags-</i>	
<i>kompetenz</i>	<i>73</i>
I. Einleitung	73
II. Rechtsgrundlagen der internationalen Steuerauskunft	74

III. Föderative Grenzen der Bundeskompetenz bei völkerrechtlichen Verträgen	76
1. Das Vertragsschlußrecht des Bundes	76
2. Die Gesetzgebungskompetenz	77
3. Das Lindauer Abkommen	79
IV. Die Gesetzgebungskompetenz des Bundes zum Abschluß völkerrechtlicher Vereinbarungen über die internationale Steuerauskunft	80
<i>Martin Oldiges: Internationale Steuerauskunft und der grundrechtliche Schutz von Informationen – Die Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts</i>	86
I. Einleitung und Problemstellung	86
1. Der verfassungsrechtliche Lösungsbedarf	87
2. Das Steuergeheimnis als Informationsschutz	89
II. Grundrechtlicher Informationsschutz durch das Recht auf informationelle Selbstbestimmung	90
1. Inhalt und Bedeutung des Rechts auf informationelle Selbstbestimmung	90
2. Sachliche Reichweite des Rechts auf informationelle Selbstbestimmung	92
3. Personelle Reichweite des Rechts auf informationelle Selbstbestimmung	93
III. Verfassungsrechtliche Vorgaben und Bindungen grenzüberschreitender Steuerauskünfte	94
1. Schranken des Rechts auf informationelle Selbstbestimmung	94
2. Gesetzesvorbehalt und absolute Grundrechtsschranken	96
3. Vorbehalt überwiegenden Allgemeininteresses	97
4. Bereichsspezifische Regelung grenzüberschreitender Steuerauskünfte	98
a) Auskünfte auf Ersuchen	99
b) Kulanzauskünfte	100
5. Erforderlichkeit der Auskunftserteilung	101
6. Verbot der Datensammlung „auf Vorrat“	103
7. Verfassungsrechtliche Schutzpflichten, Anhörung und Rechtsschutz	
IV. Schlußbemerkung	105

B. Auszüge aus der Diskussion

1. Die Beteiligung der Länder beim Abschluß von Abkommen über den internationalen Auskunftsverkehr	107
2. Der Schutz des Steuergeheimnisses in Schweden	115
3. Subjektive Rechte des Steuerpflichtigen beim internationalen Auskunftsverkehr	117
4. Informationelle Selbstbestimmung	120
5. Schlußworte der Referenten	126

C. Anhang

1. Entwurf eines Übereinkommens des Europarats und der OECD über die gegenseitige Amtshilfe in Steuersachen	131
2. Entwurf eines Deutsch-Schwedischen Steuerabkommens (Auszug)	144
3. Referenten und Teilnehmer des Symposions	151